Jahresabschluss 2025

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) – Tochter der VVG

2. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„**BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

ENTWURF

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ENTWURF

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Rostock-Bentwisch, 1. September 2026

ECOVIS Audit AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Brion
Wirtschaftsprüfer“

ENTWURF

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025

der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam

AKTIVA

	31.12.2025 EUR		31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		64.938,02	90.318,02
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.072.394,98		1.184.672,98
2. Fahrzeuge im Personenverkehr	3.905.994,00		4.618.604,00
3. Technische Anlagen und Maschinen	64.108,00		76.729,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	131.339,10		254.096,10
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		45.720,21
		5.173.836,08	6.179.822,29
		5.238.774,10	6.270.140,31
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		182.520,77	301.818,40
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	650.067,26		121.855,14
2. Sonstige Vermögensgegenstände	78.962,54		293.402,03
		729.029,80	415.257,17
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.393.224,23	606.388,51
		2.304.774,80	1.323.464,08
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		10.414,97	8.489,53
		7.553.963,87	7.602.093,92

PASSIVA

	31.12.2025 EUR		31.12.2024 EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage		9.822,62	9.822,62
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		1.975.018,83	2.102.872,77
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		17.132,05	-127.853,94
		2.501.973,50	2.484.841,45
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE UND ZULAGEN		1.952.471,02	1.782.976,54
C. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		490.299,33	281.525,26
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.498.260,75		2.397.004,30
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	838,00		5.688,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	175.880,21		169.555,84
4. Sonstige Verbindlichkeiten	925.126,28		476.208,69
- davon aus Steuern: EUR 48.780,36 (Vorjahr: EUR 26.735,94)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 7.029,19 (Vorjahr: EUR 8.081,73)			
		2.600.105,24	3.048.456,83
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		9.114,78	4.293,84
		7.553.963,87	7.602.093,92

ENTWURF

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2025

der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam

	2025 EUR		2024 EUR
1. Umsatzerlöse		7.715.071,05	6.977.094,67
2. Sonstige betriebliche Erträge		495.812,40	663.393,05
- davon Erträge aus der Währungsumrechnung: EUR 4,17 (Vorjahr: EUR 0,08)			
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.536.702,71		-1.485.508,79
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-236.297,07		-203.525,49
		-1.772.999,78	-1.689.034,28
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-3.254.007,90		-3.430.783,33
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-954.174,40		-675.271,39
		-4.208.182,30	-4.106.054,72
5. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-1.001.547,96	-957.051,87
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.101.924,36	-958.396,38
- davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung: EUR 36,85 (Vorjahr: EUR 17,07)			
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		555,95	58.691,62
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 555,95 (Vorjahr: EUR 0,00)			
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-104.069,36	-102.505,44
- davon Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 2.451,09 (Vorjahr: EUR 526,29)			
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.863,55	214,14
10. Ergebnis nach Steuern		27.579,19	-113.649,21
11. Sonstige Steuern		-10.447,14	-14.204,73
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		17.132,05	-127.853,94

ENTWURF

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH
Anklam

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

I. Allgemeine Erläuterungen

Die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) mit Sitz in Anklam ist beim Amtsgericht Neubrandenburg unter der Handelsregisternummer HRB 11314 eingetragen. Sie ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Handelsgesetzbuch.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz wurde gemäß § 266 HGB vorgenommen, für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Die weitergehenden Formvorschriften (Verordnung über die Gliederung von Jahresabschlüssen von Verkehrsunternehmen (JAbschlVUV) vom 27. Februar 1968, zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Juli 2015), wurden beachtet.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden wurden zum 01. Januar 2025 aus der Bilanz des Vorjahres übernommen. Die Bewertungsmethoden aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurden übernommen.

Die Angaben in Klammern betreffen die Vorjahreszahlen.

II. Erläuterungen zu den Posten von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich Ausweis, Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen** wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßig vorgenommener Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** wurden zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bilanziert.

ENTWURF

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden unter Berücksichtigung des erkennbaren Ausfallrisikos zum Nennwert bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Aus der Berechnung der **latenten Steuern** ergibt sich ein Aktivüberhang zwischen den unterschiedlichen Wertansätzen in Handels- und Steuerbilanz bei den Positionen Anlagevermögen, Sonderposten für Investitionszuschüsse und Sonstige Rückstellungen. Zudem bestehen steuerliche Verlustvorträge, die bei der Berechnung der latenten Steuern berücksichtigt wurden. Die aktiven latenten Steuern wurden in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB nicht angesetzt.

Die im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, des Entflechtungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes gewährten Investitionszuschüsse, sowie die im Zusammenhang mit dem Neubau des Betriebshofes gewährten Zuschüsse des Wirtschaftsministeriums des Landes M-V sind in einem **Sonderposten für Investitionszuschüsse** ausgewiesen. Sie werden linear über die Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände aufgelöst.

Bei den **Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Die Rückstellungen sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages entsprechend vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet worden. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Die Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgte mittels der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode). Als Rechnungsgrundlagen dienen die „Heubeck-Richttafeln 2018 G". Für die Abzinsung wird pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und der von der Deutschen Bundesbank auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 7 Geschäftsjahre von 2,22 % angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

ENTWURF

Erläuterungen einzelner Posten der Bilanz

Hinsichtlich der Zusammensetzung und der Entwicklung des **Anlagevermögens** im Geschäftsjahr 2025 wird auf den beigefügten Anlagenspiegel (Anlage 1 zum Anhang) verwiesen. Entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 1a) JAbschlVUV sind davon Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten in Höhe von TEUR 495 (TEUR 607) enthalten.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben in Höhe von TEUR 128 (TEUR 56) eine Restlaufzeit größer einem Jahr.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten Forderungen gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 34.

Das **Stammkapital** in Höhe von TEUR 500 der Gesellschaft ist in voller Höhe eingezahlt.

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres in Höhe von TEUR 128 wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 24.09.2025 mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Unter dem **Sonderposten** werden die Investitionszuschüsse für KOM ab dem Jahr 2000, die Investitionszuschüsse für andere Anlagegüter ab dem Jahr 1994 sowie FAG-Mittel nach § 10 Absatz 5 Satz 3 in Verbindung mit Satz 2 des Finanzausgleichgesetzes vom 09.04.2020 (GVOBI. M-V S. 166) und nach der Richtlinie des Landkreises Vorpommern-Greifswald zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des öffentlichen Personenverkehrs gem. § 3 Absatz 1 der Verordnung zur Verteilung von Ausgleichsleistungen nach § 10 Absatz 5 des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern für den kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Personennahverkehr ausgewiesen. Mit Zuwendungsbescheid vom 05.12.2025 sind nachträglich Zuführungen in Höhe von TEUR 514 für die Anschaffung von 4 Bussen im Vorjahr erfolgt. Die Auflösung der Zuwendungen wird entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände vorgenommen, für das Geschäftsjahr 2025 waren dies TEUR 345.

ENTWURF

Die Zusammensetzung der **sonstigen Rückstellungen** ergibt sich wie folgt:

	Stand 01.01.2025 EUR	**Inanspruch-nahme EUR**	**Auflösung EUR**	**Zuführung EUR**	**Stand 31.12.2025 EUR**
Jubiläumszuwendungen	133.617,00	17.122,00	0,00	8.746,00	125.241,00
Rückstellung Überzahlung DT 2025	0,00	0,00	0,00	175.452,96	175.452,96
Personalverpflichtungen	75.710,76	72.013,93	0,00	110.166,54	113.863,37
Erfüllung von Aufbewahrungspflichten	34.330,00	0,00	3.919,05	3.631,05	34.042,00
Abschluß-und Prüfungskosten	37.867,50	36.514,00	1.353,50	41.700,00	41.700,00
Summe	**281.525,26**	**125.649,93**	**5.272,55**	**339.696,55**	**490.299,33**

Die Laufzeiten der **Verbindlichkeiten** des Unternehmens ergeben sich aus dem nachfolgenden Verbindlichkeitsspiegel .

	Gesamt TEUR	**bis zu 1 Jahr TEUR**	**mehr als 1 Jahr TEUR**	**mehr als 5 Jahre TEUR**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.498 (2.397)	408 (899)	1.090 (1.498)	227 (375)
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1 (6)	1 (6)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	176 (170)	176 (170)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	925 (476)	660 (118)	265 (358)	200 (200)
Summe	**2.600 (3.049)**	**1.245 (1.193)**	**1.355 (1.856)**	**427 (575)**

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind TEUR 1.498 und von den sonstigen Verbindlichkeiten aus Darlehen gegenüber der Unterstützungskasse sind TEUR 158 durch Sicherungsübereignung der mit den Darlehen finanzierten Busse besichert.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** ist ein Investitionszuschuss mit TEUR 509 ausgewiesen. Die Zuwendung ist zweckgebunden für die Neubeschaffung von vier Überlandlinienbussen im Bewilligungszeitraum 2026 erfolgt.

Erläuterungen einzelner Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2025 in Höhe von TEUR 7.715 enthalten u.a. TEUR 3.780 Erträge aus Beförderungsentgelten und TEUR 3.496 Erträge aus Ausgleichsleistungen im Wesentlichen des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Landkreises Vorpommern-Greifswald, wovon TEUR 458 aus der Einnahmenverteilung aus dem Deutschlandticket zu verzeichnen sind. Weiterhin generierte die Gesellschaft TEUR 320 aus Kfz-Serviceleistungen und TEUR 83 aus Verkehrsmittelwerbung.

ENTWURF

Die sonstigen betrieblichen Erträge von TEUR 496 setzen sich hauptsächlich aus Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse mit TEUR 345, Erträgen aus Versicherungsentschädigungen mit TEUR 86 und Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagen mit TEUR 56 zusammen.

Der Materialaufwand enthält vor allem die Aufwendungen für Dieselkraftstoff und Heizöl mit TEUR 906 und für Ersatzteile und Reifen TEUR 423.

Der Personalaufwand enthält Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 1 (TEUR 3) und Leistungen aus den einzelvertraglichen Regelungen zur Abfindung der Ansprüche aus der Unterstützungskasse in Höhe von TEUR 230.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.102 (TEUR 958) sind u.a. TEUR 296 Aufwendungen für Leasingbeiträge, TEUR 288 für Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, TEUR 197 für Versicherungen und TEUR 124 für Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen enthalten.

III. Sonstige Angaben

Anzahl der Arbeitnehmer

Die **durchschnittliche Anzahl** der während des Geschäftsjahres **Beschäftigten** betrug 89, davon 68 Mitarbeiter im Fahrbereich, 10 Werkstattmitarbeiter, und 11 Verwaltungskräfte. Zum Bilanzstichtag war ein Geschäftsführer bestellt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige **finanzielle Verpflichtungen** bestehen in Höhe von TEUR 953, davon betreffen TEUR 565 Zahlungsverpflichtungen aus Leasingverträgen und TEUR 388 aus dem zum 01.01.2026 geschlossenen Pachtvertrag über die Büro- und Abstellflächen am Standort in Anklam mit Daimler Buses GmbH.

Geschäftsführung

Bis zum 27.03.2025 wurde die AVG von Herrn Frank Lettkemann und Herrn Christof Rudolf, als einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführer (jeweils in Vollzeit), gemeinschaftlich geführt. Nach dem Ausscheiden von Herrn Lettkemann führte Herr Rudolf als alleiniger Geschäftsführer (in Vollzeit) die

ENTWURF

Gesellschaft. Im Zusammenhang mit dem Geschäftsanteilverkauf wurde mit Beschluss vom 20.11.2025 Herr Christof Rudolf als Geschäftsführer abberufen und Herr Dirk Zabel als alleiniger Geschäftsführer (in Teilzeit) der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH bestellt.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2025 in Höhe von 17.132,05 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Geschäftsjahres haben sich Entwicklungen ergeben, die die zukünftige Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beeinflussen können.

Mit Bescheid des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern vom 30. März 2026 wurde dem Antrag der Gesellschaft vom 11. April 2025 auf dauerhafte Entbindung von der Betriebspflicht gemäß § 21 Abs. 4 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für den gesamten Linienverkehr entsprochen. Die Entbindung wurde mit Wirkung zum 1. April 2026 erteilt.

Die Gesellschaft erbringt seitdem Verkehrsleistungen als Subunternehmer für die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH.

Die weiterhin von Unsicherheiten geprägte Entwicklung auf den Energiemärkten, insbesondere infolge weltweiter geopolitischer Spannungen und der Auswirkungen des Konflikts mit Bezug auf den Iran, führt zu einer erhöhten Unsicherheit sowie stark steigenden Rohöl- und Energiepreisen. In diesem Zusammenhang bestehen auch weiterhin Unwägbarkeiten hinsichtlich zukünftiger politischer Entscheidungen sowie der weiteren Entwicklung des CO_2-Preises, die sich auf die Kostenstruktur der Gesellschaft auswirken können.

Anklam, 23.07.2026

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH

gez. Dirk Zabel
Geschäftsführer

ENTWURF

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH, Anklam

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2025

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungskosten- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Anfangs-stand 01.01.2025	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Endstand 31.12.2025	Anfangs-stand 01.01.2025	Zugänge	Abgänge	Endstand 31.12.2025	Endstand 31.12.2025	Endstand 31.12.2024
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	385.167,58	-1.500,00	0,00	0,00	383.667,58	294.849,56	23.880,00	0,00	318.729,56	64.938,02	90.318,02
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	385.167,58	-1.500,00	0,00	0,00	383.667,58	294.849,56	23.880,00	0,00	318.729,56	64.938,02	90.318,02
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.352.898,35	2.635,67	45.720,21	0,00	5.401.254,23	4.168.225,37	160.633,88	0,00	4.328.859,25	1.072.394,98	1.184.672,98
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	12.512.065,70	0,00	0,00	668.020,00	11.844.045,70	7.893.461,70	712.606,00	668.016,00	7.938.051,70	3.905.994,00	4.618.604,00
3. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 2 gehören	725.317,89	0,00	0,00	0,00	725.317,89	648.588,89	12.621,00	0,00	661.209,89	64.108,00	76.729,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.336.049,10	25.701,56	0,00	96.526,26	1.265.224,40	1.081.953,00	91.807,08	39.874,78	1.133.885,30	131.339,10	254.096,10
5. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	45.720,21	0,00	-45.720,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45.720,21
Summe Sachanlagen	19.972.051,25	28.337,23	0,00	764.546,26	19.235.842,22	13.792.228,96	977.667,96	707.890,78	14.062.006,14	5.173.836,08	6.179.822,29
Summe I. + II.	20.357.218,83	26.837,23	0,00	764.546,26	19.619.509,80	14.087.078,52	1.001.547,96	707.890,78	14.380.735,70	5.238.774,10	6.270.140,31
Insgesamt	20.357.218,83	26.837,23	0,00	764.546,26	19.619.509,80	14.087.078,52	1.001.547,96	707.890,78	14.380.735,70	5.238.774,10	6.270.140,31

ENTWURF

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH
Anklam

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025

Grundlagen der Gesellschaft

Die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH (AVG) ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Handelsgesetzbuch. Sie wurde am 19.12.1991 gegründet und wird beim Amtsgericht Neubrandenburg unter der Handelsregisternummer HRB 11314 geführt.

Neben dem Firmensitz in Anklam unterhält die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH seit dem Jahr 2000 einen weiteren Betriebsstandort in Helmshagen bei Greifswald. Im Berichtsjahr 2025 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 91 Mitarbeitende.

Hauptzweck der Gesellschaft ist die Personenbeförderung mit Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach § 42 PBefG im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH verfügte im Geschäftsjahr 2025 über 43 Linienkonzessionen im Regionalverkehr sowie über 2 Linienkonzessionen für den Stadtverkehr in Anklam. Die Linienverkehrsleistungen erbringt die Gesellschaft seit dem 01. Januar 2018 eigenwirtschaftlich. Die Konzessionen wurden bis zum 31. Dezember 2027 erteilt.

Die AVG führt neben dem Linienverkehr auch Personenbeförderungsleistungen im Gelegenheitsverkehr durch. Dazu zählen in beiden Betrieben Leistungen im Mietomnibusverkehr nach § 49 PBefG und im Betrieb Anklam Ausflugs- und Reiseverkehrsleistungen nach § 48 PBefG.

Als Auftragnehmer der Schullastenträger erbringt die Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH darüber hinaus Personenbeförderungsleistungen nach Freistellungsverordnung.

Die AVG verfügt an beiden Standorten über Kfz-Werkstätten, die vorrangig der Wartung und Reparatur der eigenen Busflotte dienen, jedoch auch Leistungen für Dritte als freie Kfz-Werkstätten erbringen. Im Betrieb Anklam befindet sich zusätzlich eine Vertragswerkstatt der Daimler Buses GmbH, in welcher unter der Bezeichnung "OMNIplus Busport" Serviceleistungen für Busse der Marken Setra und Mercedes Benz erbracht werden.

ENTWURF

Am 20.11.2025 veräußerten die vier Gesellschafter der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH die gesamten Geschäftsanteile an die kreiseigene Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH.

I. Wirtschaftsbericht

A. Branchenbezogene Rahmenbedingungen

In der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ist die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,2 % gestiegen. Nach zwei Rezessionsjahren ist die deutsche Wirtschaft demzufolge wieder leicht gewachsen.

Nach Berechnungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. nutzten im Jahr 2025 rund 9,86 Milliarden Fahrgäste die Angebote des deutschen öffentlichen Personennahverkehrs. Das ist ein leichter Zuwachs um 0,8 % im Vergleich zum Jahr 2024. Die Fahrgastzahlen haben sich durch das Deutschlandticket stabilisiert, liegen aber weiterhin noch immer unter dem Fahrgastaufkommen aus dem Rekordjahr 2019, als über 10,4 Milliarden Fahrgäste in Bussen und Bahnen unterwegs waren.

Das Deutschlandticket hat die Tariflandschaft im öffentlichen Personennahverkehr grundlegend vereinfacht und die Digitalisierung des Vertriebs beschleunigt. Insgesamt nutzten zum Jahresende 2025 rund 14,6 Millionen Menschen das Deutschlandticket. Die Preiserhöhung des Deutschlandtickets von 2024 auf 2025 hat deutschlandweit zu einer Kündigungsquote von ca. 8 % geführt.

Die Einführung des Deutschlandtickets hat dabei die Tarif- und Erlösstruktur im öffentlichen Personennahverkehr grundlegend verändert. Aufgrund seiner bundesweiten Gültigkeit werden die Fahrgeldeinnahmen ab dem 01.09.2025 nicht mehr ausschließlich dem Verkehrsunternehmen oder Verkehrsverbund zugeordnet, bei dem das Ticket erworben wurde, sondern nach bundesweit festgelegten Verteilungsmechanismen aufgeteilt.

B. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2025 war maßgeblich durch die geführten Verkaufsverhandlungen hinsichtlich der zukünftigen gesellschafts-rechtlichen Ausrichtung des Unternehmens geprägt. Diese Entwicklungen beeinflussten die Unternehmensaktivitäten und die strategische Ausrichtung im Berichtsjahr in besonderem Maße.

Bis zum 27.03.2025 wurde die AVG von Herrn Frank Lettkemann und Herrn Christof Rudolf, als einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführer, gemeinschaftlich geführt. Nach dem Ausscheiden von Herrn Lettkemann führte Herr Rudolf als alleiniger Geschäftsführer die Gesellschaft. Im Zusammenhang mit dem Geschäftsanteilverkauf wurde mit Beschluss vom

ENTWURF

20.11.2025 Herr Christof Rudolf als Geschäftsführer abberufen und Herr Dirk Zabel als alleiniger Geschäftsführer der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH bestellt.

Die Gesellschaft stellte am 11.04.2025 beim zuständigen Amt für Verkehr M-V einen Antrag auf Entbindung von der Betriebspflicht gemäß § 21 Abs. 4 Satz 1 PBefG, über den bis zum Abschlussstichtag noch nicht entschieden war.

C. Lage der Gesellschaft

I. Ertragslage

	2025	2024	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Erträge	8.211	7.640	571
Aufwendungen	-8.085	-7.710	-375
Finanzergebnis	-104	44	-60
Steuern vom Einkommen und Ertrag und Sonstige Steuern	-5	-14	9
Jahresergebnis	17	-128	145

Für das Jahr 2025 rechnete die Gesellschaft mit Gesamterlösen von 7.705 TEUR. Demgegenüber wurden Gesamtaufwendungen von 7.782 TEUR geplant. Infolgedessen ging die Gesellschaft von einem negativen Ergebnis für das Jahr 2025 von -77 TEUR aus.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Jahresergebnis von +17 TEUR ausgewiesen (Vorjahr: -128 TEUR). Die Abweichung des Jahresergebnisses zum Plan resultiert im Wesentlichen aus höheren Gesamterlösen mit +506 TEUR aufgrund nur eingeschränkt planbarer Beförderungserlöse und Ausgleichsleistungen. Die gegenüber dem Plan erhöhte Aufwandsentwicklung um insgesamt 412 TEUR ist im Wesentlichen auf einmalige Sondereffekte zurückzuführen. Diese resultieren insbesondere aus Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Geschäftsanteilverkauf sowie aus geleisteten Abfindungszahlungen zur Ablösung von Verpflichtungen der Unterstützungskassen.

Das Geschäftsjahr ist für die Gesellschaft insgesamt positiv verlaufen.

Die **Umsatzerlöse** der Gesellschaft erhöhten sich im Berichtsjahr um 738 TEUR auf 7.715 TEUR. Wesentliche Ursachen hierfür waren die gestiegenen Ausgleichsleistungen aus der VG-Card in Höhe von 383 TEUR sowie höhere Einnahmen und Ausgleichsleistungen aus dem Deutschlandticket von insgesamt 328 TEUR.

ENTWURF

Darüber hinaus wirkten sich höhere Umsatzerlöse im Bereich der Kfz-Serviceleistungen positiv aus und führten zu einem Anstieg von 17 TEUR. Weitere 23 TEUR resultierten aus höheren Einnahmen nach Ausgleich gemäß SGB IX. Zudem führte eine Tarifanpassung im Linienverkehr zu zusätzlichen Einnahmen von 61 TEUR.
Gegenläufig entwickelten sich die Umsätze im Gelegenheitsverkehr, die um 32 TEUR zurückgingen, sowie im Bereich des freigestellten Schülerverkehrs, der einen Rückgang von 16 TEUR verzeichnete.

Insgesamt wurde die Umsatzentwicklung maßgeblich durch die höheren Ausgleichsleistungen im Zusammenhang mit der VG-Card und dem Deutschlandticket sowie durch die Tarifanpassung im Linienverkehr geprägt. Die rückläufigen Umsätze in einzelnen Verkehrsbereichen konnten hierdurch deutlich überkompensiert werden.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** verringerten sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 167 TEUR auf 496 TEUR.
Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte der Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten um 94 TEUR. Darüber hinaus lagen die Erträge aus Anlagenverkäufen um 129 TEUR unter dem Vorjahresniveau.
Positiv wirkten hingegen höhere Versicherungsentschädigungen, die den Vorjahreswert um 69 TEUR übertrafen.

Die **Aufwendungen** der Gesellschaft lagen im Berichtsjahr insgesamt um 375 TEUR über dem Vorjahreswert.
Der Materialaufwand erhöhte sich um 84 TEUR auf 1.773 TEUR und auch der Personalaufwand stieg um 102 TEUR auf 4.208 TEUR. Im Personalbereich wirkten sich die um 149 TEUR geringeren Aufwendungen für freiwillige soziale Leistungen zwar entlastend aus, dem standen jedoch Abfindungsleistungen aus der Unterstützungskasse in Höhe von 226 TEUR gegenüber, die den Personalaufwand entsprechend erhöhten.
Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 45 TEUR auf 1.002 TEUR.
Darüber hinaus erhöhten sich die Versicherungsaufwendungen um 24 TEUR auf 196 TEUR. Deutlich über dem Vorjahresniveau lagen zudem die Rechts- und Beratungskosten, die um 139 TEUR auf 288 TEUR zunahmen. Ursache hierfür waren insbesondere Aufwendungen im Zusammenhang mit Vertragsverhandlungen sowie der Veräußerung von Geschäftsanteilen.

Die Anlagenintensität verringerte sich im Berichtsjahr von 82,5 % auf 69,4 %. Ursächlich hierfür war insbesondere die zurückhaltende Investitionstätigkeit im Bereich des Anlagevermögens. Im Berichtsjahr wurden keine Ersatzbeschaffungen von Linienbussen vorgenommen. Lediglich die Grubensanierung im Werkstattbereich konnte planmäßig abgeschlossen und erfolgreich fertiggestellt werden. Die Investitionen im Bereich des sonstigen Anlagevermögens beschränkten sich auf notwendige Ersatzbeschaffungen und bewegten sich auf einem niedrigen Niveau.

ENTWURF

Die Eigenkapitalquote beträgt am Bilanzstichtag nach Verwaltungsvorschrift zur Eigenbetriebsverordnung vom 10. März 1999 (Eigenkapital im Verhältnis zu der um die Sonderposten für Investitionszuschüsse gekürzten Bilanzsumme) 44,7 % (VJ 42,7 %) und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 2 %-Punkte gestiegen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die laufende Geschäftstätigkeit wird im Wesentlichen aus den erzielten Umsatzerlösen sowie den vertraglich vorgesehenen Ausgleichsleistungen finanziert. Zur Finanzierung von Investitionen erhält die Gesellschaft öffentliche Zuschüsse, insbesondere für die Erneuerung und Modernisierung der Fahrzeugflotte. Die Zuschüsse tragen zur Finanzierung des Investitionsprogramms bei und reduzieren den erforderlichen Eigen- beziehungsweise Fremdmitteleinsatz. Die Liquidität war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

II. Prognose, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Bereits vor dem Abschluss des Vertrages über die Veräußerung der Geschäftsanteile an die Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH hatte die damalige Geschäftsführung Gespräche mit der Daimler Buses GmbH über eine mögliche Veräußerung oder Verpachtung des Betriebshofes in Anklam aufgenommen.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftsrechtlichen Veränderungen und der strategischen Neuausrichtung des Unternehmens ließ die neue Geschäftsführung diese Gespräche erneut aufleben und führte sie erfolgreich zum Abschluss. Ausschlaggebend hierfür waren insbesondere die strategische Neuausrichtung des Unternehmens sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Werkstattgeschäfts. Die bestehende Werkstatteinrichtung und technische Ausstattung wiesen einen erheblichen Modernisierungsbedarf auf. Zudem hätten die steigenden technischen und regulatorischen Anforderungen an Servicewerkstätten in den kommenden Jahren umfangreiche Ersatzinvestitionen sowie bauliche Anpassungen erforderlich gemacht. Vor diesem Hintergrund wurde die Fortführung des Werkstattgeschäfts für Dritte als wirtschaftlich nicht sinnvoll bewertet. Zum 1. Januar 2026 wurde der Betriebshof in Anklam an die Daimler Buses GmbH verpachtet. Gleichzeitig erfolgte die Veräußerung des wesentlichen Werkstattinventars. Die von der Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH benötigten Büroflächen wurden zu marktüblichen Konditionen zurückgepachtet. Mit Umsetzung dieser Maßnahmen wurde der Werkstattbetrieb für Dritte vollständig eingestellt.

Die Instandhaltung und Reparatur des eigenen Fuhrparks erfolgt künftig schwerpunktmäßig am Standort Helmshagen. Ergänzend werden Kapazitäten der Werkstatt der Muttergesellschaft in Torgelow sowie Leistungen des Omniplus-Servicebetriebes am Standort Anklam genutzt. Durch diese Bündelung der Werkstattkapazitäten werden Synergieeffekte

ENTWURF

erwartet und die künftig erforderlichen Instandhaltungsleistungen wirtschaftlicher erbracht.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2026 wurde der Geschäftsbereich Ausflugsfahrten und Ferienziel-Reisen gem. §48 PBefG eingestellt. Ausschlaggebend hierfür war die Ausrichtung auf das Kerngeschäft der Gesellschaft.

Mit Bescheid des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr Mecklenburg-Vorpommern vom 30. März 2026 wurde dem Antrag der Gesellschaft vom 11. April 2025 auf dauerhafte Entbindung von der Betriebspflicht gemäß § 21 Abs. 4 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) für den gesamten Linienverkehr entsprochen. Die Entbindung wurde mit Wirkung zum 1. April 2026 erteilt. Dies ist ein wesentlicher Schritt der strategischen Neuausrichtung. Infolgedessen gingen die bisherigen Linienkonzessionen vollständig auf die Muttergesellschaft über.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Branche wird weiterhin maßgeblich von der Fortführung und Ausgestaltung des Deutschlandtickets beeinflusst. Veränderungen bei den Finanzierungs- und Rahmenbedingungen des Deutschlandtickets können Auswirkungen auf die Erlösstruktur und die Nachfrageentwicklung im öffentlichen Personennahverkehr haben. Zudem unterliegt die Branche Risiken aus der Entwicklung der Kraftstoffpreise, die aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen Schwankungen unterliegen und sich auf die Kostenstruktur auswirken können.

Für die Gesellschaft bestehen jedoch keine wesentlichen bzw. latenten Risiken aus diesen Entwicklungen. Mit Wirkung zum 1. April 2026 wurde mit dem Mutterunternehmen, der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald mbH, ein Subunternehmervertrag abgeschlossen, in dessen Rahmen die Gesellschaft ihre Verkehrsleistungen erbringt. Dieser basiert auf einem Kostensatz, der eine Deckung der anfallenden Aufwendungen sowie die Erzielung eines maximal geringen Gewinnanteils sicherstellt. Durch ein engmaschiges Controlling der Kosten- und Leistungsentwicklung können Veränderungen frühzeitig erkannt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den vereinbarten Kostensatz bei Bedarf anzupassen, sodass wesentliche wirtschaftliche Risiken für die Gesellschaft begrenzt werden.

Die Geschäftsführung erwartet aus dieser organisatorischen Neuordnung eine nachhaltige Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Insbesondere wird durch die langfristige Einbindung in den Unternehmensverbund die Auslastung der vorhandenen Ressourcen abgesichert und die Liquidität der Gesellschaft nachhaltig gestärkt. Nach gegenwärtiger Einschätzung ist die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit gesichert.

Parallel hierzu wurden umfangreiche organisatorische Anpassungen eingeleitet. Das Controlling wurde im kaufmännischen Bereich gebündelt

ENTWURF

und personelle Veränderungen sowohl in der kaufmännischen Verwaltung als auch in der Personalabteilung umgesetzt. Zudem wurde das Vertragsmanagement organisatorisch dem kaufmännischen Bereich zugeordnet, um bestehende Vertragsstrukturen systematisch zu analysieren und Optimierungspotenziale zu realisieren.

Im Bereich der kaufmännischen Prozesse wurde im Geschäftsjahr 2026 die Umstellung auf das Buchhaltungssystem DATEV vollzogen. Hierdurch konnten die bislang sehr komplexen Buchhaltungsstrukturen deutlich vereinfacht werden. Gleichzeitig wurden das Mahnwesen, das Berichtswesen sowie die Controlling-Prozesse optimiert. Die Geschäftsführung erwartet daraus weitere Effizienzsteigerungen und eine höhere Transparenz der wirtschaftlichen Entwicklung.

Im operativen Geschäft besteht weiterhin Handlungsbedarf bei der Modernisierung des Fuhrparks. Ein Teil der eingesetzten Fahrzeuge weist ein hohes Durchschnittsalter auf. Der in den vergangenen Jahren entstandene Reparaturstau wird derzeit systematisch abgearbeitet. Gleichzeitig sind Ersatzinvestitionen in den Fahrzeugbestand erforderlich, um die technische Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Betriebssicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Die Umsetzung dieser Investitionen stellt eine wesentliche Herausforderung für die kommenden Jahre dar.

Chancen ergeben sich insbesondere aus der engen Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft. Durch gemeinsame Fahrplanoptimierungen, die Bündelung administrativer Aufgaben sowie die Nutzung gemeinsamer Werkstatt- und Verwaltungsstrukturen werden weitere Effizienzpotenziale erwartet. Darüber hinaus ist mittelfristig die Einführung einer modernen Planungs- und Dispositionssoftware vorgesehen, um die Einsatzplanung von Fahrzeugen und Personal weiter zu optimieren.

Ein bedeutender Schwerpunkt der kommenden Jahre wird zudem im Bereich der strategischen Personalentwicklung liegen. Insbesondere im Fahrdienst besteht aufgrund der demografischen Entwicklung und des allgemeinen Fachkräftemangels weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Durch eine zielgerichtete Personalgewinnung, Mitarbeiterbindung und Qualifizierungsmaßnahmen soll die langfristige Sicherstellung der erforderlichen Personalkapazitäten gewährleistet werden.

Zusammenfassend geht die Geschäftsführung davon aus, dass die eingeleiteten Strukturmaßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation beitragen werden. Wesentliche Risiken bestehen weiterhin in der Altersstruktur des Fuhrparks, den Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie den allgemeinen Kostensteigerungen im Verkehrssektor. Bestandsgefährdende Risiken sind jedoch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts nicht erkennbar.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird mit einer weiterhin stabilen Verkehrsleistung gerechnet. Vorgesehen sind 2.587.000 Fahrplankilometer

ENTWURF

pro Jahr. Damit bleibt das Verkehrsangebot auf einem hohen Niveau und gewährleistet auch künftig die Mobilitätsversorgung.

In dem Jahr 2026 sind Investitionen in den Fahrzeugbestand mit 2.772 TEUR geplant.

Aus der im Rahmen des Subunternehmervertrages vorgesehenen Finanzierung plant die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2026 ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Anklam, 23.07.2026

Anklamer Verkehrsgesellschaft mbH

……

gez. Dirk Zabel
Geschäftsführer

ENTWURF